

Hier und Heute
[09.02.2007]

DG-Regierung will ihren ehrgeizigen Projekten Konturen verleihen

Anpiff zur zweiten Halbzeit

Von Martin Klever

Wo stehen wir jetzt und wo soll es hingehen? Diese Frage stellt sich die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft derzeit. Mit Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode will sie ihren ambitionösen Vorhaben Formen geben und die Weichen für die Zukunft stellen.

»Konkret geht es darum, für die kleine DG optimale Zukunftsperspektiven zu schaffen«, brachte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) gestern im monatlichen Pressegespräch die Grundintention der Regierung auf den Punkt. Im Stile eines Dreispringers will die Regierung die von ihr formulierten Ziele ausgestalten und weiter konkretisieren: Ein erster Sprung stellt aus der Sicht des Ministerpräsidenten die Regierungserklärung aus dem Jahr 2004 dar, ein zweiter erfolgte mit der Infrastrukturerklärung im letzten Jahr und ein dritter soll nun in Form der Regierungserklärung am 23. April 2007 folgen.

Deutlicher denn je will die Regierung in der bevorstehenden Regierungserklärung die drei großen Zukunftsherausforderungen unserer Gemeinschaft-Bildungsqualität, Vergreisung der Gesellschaft, Standort Ostbelgien-in ihr programmatisches Handeln einfließen lassen. »Im Zuge der Regierungserklärung werden wir verstärkt auf Bürgerbeteiligung setzen, damit unsere Arbeit noch handlungsorientierter wird. Wir wollen in Zukunft ganz konkrete Aktionspläne schmieden«, so der sozialistische Regierungschef. Ihre Leitideen - sprich die anvisierten Projekte des aufgestellten Maßnahmenkatalogs-will die Regierungsmannschaft jedoch nicht aus den Augen verlieren. Wichtigste Überlegungen bleiben dabei: »Wo wird doppelt gemoppelt? Was kann optimiert werden und was kann die öffentliche Hand bezahlen?«, fasst Lambertz die prinzipielle Vorgehensweise zusammen.

Aufgaben neu verteilen

Von richtungsweisender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage, welche Aufgaben künftig von der Gemeinschaft und welche von den Gemeinden wahrgenommen werden sollen. Hintergrund ist die Tatsache, dass viele lokale Aktionen von der Gemeinschaft übernommen werden, die jedoch nicht wirklich in ihren Aufgabenbereich fallen. Als konkrete Beispiele nannte Sozialminister Bernd Gentges (PFF) die Tourismusbranche. »Die Tourismusvertreter sollten beispielsweise lieber mit den Gemeinden über regionale Aktivitäten sprechen, während die Gemeinschaft sich in der Folge interregionalen Projekten zuwenden könnte. Wir denken, dass die Gemeinden mit lokalen Sachverhalten besser vertraut sind als wir und somit auch den besseren Ansprechpartner darstellen«, so Gentges. Jugendministerin Isabelle Weykmans (PFF) verwies indes darauf, dass Jugendliche vornehmlich lokal orientiert sind und folglich auch ihre Anliegen oftmals besser auf kommunaler Ebene Gehör finden könnten.

Gleichwohl betonte die Regierung, dass es ihr bei dieser Verlagerung von Aufgabenbereichen nicht darum geht, Arbeit auf die Gemeinden abzuwälzen. »Wir geben nicht Aufgaben ab, weil wir kein Lust mehr haben, uns mit diesen zu beschäftigen, sondern weil nach dem Subsidiaritätsprinzip die best geeignete Ebene Aufgaben übernehmen sollte«, argumentiert Weykmans. Den Worten von Ministerpräsident Lambertz zufolge hat die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Gemeinschaft und Gemeinden nicht zum Ziel, Finanzmittel einzusparen, sondern die DG optimal für die Zukunft aufzustellen.

Für die Zukunft rüsten will Minister Oliver Paasch (PJU-PDB) auch das Unterrichtswesen. Er habe in der ersten Hälfte der Legislaturperiode alle Sekundarschulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens besucht und vor Ort den Dialog mit den Lehrern gesucht. Seine Steckenpferde-die Kernkompetenzen sowie die interne und externe Evaluation-will der Minister auch in der »zweiten Hälfte« seiner Amtszeit weiter verfolgen. Zudem steht eine äußerst umfangreiche Studie zu den Französischkenntnissen der DG-Schüler ins Haus, die neue Ansätze für eine Verbesserung der Sprachenunterrichts in den Schulen liefern soll.

Klarstellung

Um eine Richtigstellung war Paasch einmal mehr in der Frage des Abendschulreform bemüht. »Trotz aller anders lautenden Gerüchte: Die Italienisch- und Spanischsprachkurse werden nicht eingestellt.« Zu Ohren ist Paasch des Weiteren gekommen, dass im Rahmen der neuen Kriterien zur Zulassung zum Schullehreramt von einer zusätzlichen fünfjährigen Ausbildung gesprochen wird. »Das ist falsch. Kandidaten haben vielmehr die Möglichkeit, während fünf Jahren die notwendige Zusatzausbildung anzueignen«.